Grenzposten bei Rafah

IMAGO

ÄGYPTEN

Mursis Dilemma

Der Terrorangriff auf einen ägyptischen Grenzposten bei Rafah am Sonntag vor einer Woche bringt den neuen Präsidenten Mohammed Mursi in ein kaum zu lösendes Dilemma. Die Attentäter hatten 16 Grenzbeamte erschossen, dann rasten sie mit zwei gepanzerten Fahrzeugen Richtung Israel. Eines durchbrach die Grenze, schließlich stoppte eine israelische Rakete die Angreifer. Es war der schwerste Anschlag im Sinai seit langem, leicht hätte er zu einer Eskalation zwischen Ägypten und Israel führen können. In den Tagen danach demonstrierte Ägypten Stärke und schickte Truppen, Panzer und Kampfflugzeuge auf den Sinai. Bei der größten Militäroperation seit dem Oktoberkrieg 1973 sollen angeblich 20 Terroristen umgekommen sein, doch viele sehen darin lediglich eine politische Show, die ablenkt von der vertrackten Lage, in der Mursi steckt. Mitte Juli hatte er sich mit dem Hamas-Chef getroffen, er hatte die Grenze zum Gaza-Streifen geöffnet und palästinensische Islamisten begnadigt. Daher wettern die dem Militärrat treuen Zeitungen nun, Mursi unterstütze die Palästinenser auf Kosten des ägyptischen Volkes; angeblich sollen die Täter Arabisch mit palästinensischem Dialekt gesprochen haben. Auf der anderen Seite behaupten die ägyptischen Muslimbrüder, der israelische Mossad könne hinter dem Anschlag stecken. Der Präsident, von den Muslimbrüdern ins Amt gebracht, muss sich nun von den Islamisten der Hamas distanzieren und gleichzeitig mit Israel kooperieren, was seine Anhänger erbost. Als Erstes ließ Mursi die Grenze in Rafah schließen und kündigte an, alle Schmuggeltunnel in den Gaza-Streifen zu zerstören. Das träfe die Hamas sehr, weil sie sich vor allem durch die Schmuggelzölle finanziert.

GUANTANAMO

Zensur vor Gericht

Eine Gruppe von 14 amerikanischen Zeitungsredaktionen, Nachrichtenagenturen und TV-Sendern – darunter „New York Times“, „Washington Post“, ABC und Reuters – hat Beschwerde gegen das Procedere bei den Militärgerichtsverfahren in Guantanamo eingelegt. In einem gemeinsamen Antrag fordern sie, die bisher übliche

JANET HAMLIN / DAPD

Gerichtszeichnung

40-Sekunden-Verzögerung bei der Übertragung der Prozesse aufzuheben. Bisher hören Journalisten, die das Geschehen im Gerichtssaal nur hinter einer schalldichten Glasscheibe verfolgen können, alle Wortbeiträge zeitversetzt. Beginnt einer der Angeklagten zu erzählen, wie er in einem der Geheimgefängnisse nach seiner Festnahme gefoltert wurde, dreht ein Angehöriger des Geheimdienstes sofort den Ton ab. Ein solches Vorgehen verletze die von der Verfassung garantierte Pressefreiheit, so die Beschwerde. Die Medienvertreter fordern mehr Offenheit. Die Anhörungen zu dem Prozess gegen fünf Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 sollen am 22. August fortgesetzt werden.

VIETNAM

Gegen das Tabu

Am 5. August demonstrierten in Hanoi etwa 100 Schwule und Lesben für Gleichberechtigung mit Heterosexuellen – es war Vietnams erste Gay-Pride-Parade. Dass gleichgeschlechtliche Liebe in dem Land zwar nicht verboten, aber noch immer ein Tabu ist, dokumentiert auch die vietnamesische Fotografin Maika Elan. Für ihr Buch „The Pink Choice“ begleitete sie homosexuelle Paare ein Jahr lang in ihrem Alltag.

Schwule in Hanoi

MAIKA ELAN / MOST

ZAHL DER WOCHE

13 Akten

von Sozialbetrügern wurden der Athener Staatsanwaltschaft in den vergangenen sechs Monaten übermittelt. Allerdings hatten die Fahnder Akten von über 20 000 mutmaßlichen Betrügern angefordert. Als angeblich Blinde oder Behinderte hatten sie sich üppige Renten vom Staat erschlichen. Der Arbeitsminister hat den Sozialversicherungskassen ein Ultimatum gesetzt: Bis zum 17. August sollen die verbliebenen Akten ausgehändigt werden.